

**LEITARTIKEL** JANN LIENHART ÜBER DIE KOSTEN DES EURO-MINDESKURSES

# Die Rechnung wird uns erst am Schluss präsentiert



Vor knapp einer Woche überraschte der ehemalige UBS-Chef Oswald Grübel mit einem frontalen Angriff auf die Nationalbank und den Euro-Mindestkurs. «Je länger wir daran festhalten, umso höher wird der Preis, den wir alle dafür bezahlen», sagte er gegenüber der Zeitung «Sonntag». In der Schweiz wurde erneut über Sinn und Unsinn des Mindestkurses diskutiert, wobei sich schliesslich die Meinung durchsetzte, dass ein sofortiger Ausstieg teurer käme als die Beibehaltung der Massnahme. Die Schweizer Debatte blieb damit harmlos, obwohl eigentlich sehr viel auf dem Spiel steht. Denn die milliarden-schweren Interventionen der Nationalbank

haben eigentlich nur klargemacht, dass auch die Schweiz Teil eines ökonomischen Experiments von gewaltigem Ausmass ist. Grund und Anlass für dieses Experiment sind die gewaltigen Schulden, die sich in fast sämtlichen westlichen Ländern angehäuft haben und die jetzt abgebaut werden müssten.

Aus konjunkturellen Gründen schrecken bis jetzt jedoch alle vor diesem Abbau zurück. Getestet wird darum, ob und wie weit sich Schulden verschieben lassen. Das Experiment ist schon weit gediehen. Die dabei angewendete Taktik liess und lässt sich am Beispiel Irland exemplarisch verfolgen. Die Schuldenstaffette begann 2008 bei irischen Hausbesitzern. Weil die Wirtschaft einbrach, wurden viele zahlungsunfähig. Damit reichten sie die Schulden an ihre Banken weiter, die damit selbst in

Schwierigkeiten gerieten. Der Nächste in der Reihe war der Staat. Er musste die Banken stützen, womit jedoch der Staatshaushalt in Schieflage geriet. Irland war schliesslich auf Milliardenhilfe aus der EU angewiesen, deren Mitglieder jetzt immer drängender die Europäische Zentralbank (EZB) auffordern, ihr beim Tragen der Schuldenlast zu helfen. Das tut sie schon längst. Seit Ausbruch der Krise hat die EZB direkt oder indirekt Schulden im Umfang von 1,8 Billionen Euro absorbiert. Die Bilanzsumme hat sich damit um 160 Prozent aufgebläht, womit die EZB aber bei Weitem nicht die Spitzenposition einnimmt. Im gleichen Zeitraum verlängerte nämlich die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Bilanz um 225 Prozent, die US-Notenbank Fed um 230 Prozent und die Bank of England sogar um 285 Prozent. Damit sind die Zentralbanken

zu eigentlichen Schuldendeponien geworden.

Klar ist, dass diese Zentralbanken nur Zwischenlager der Schulden sein können. Sobald die Konjunktur wieder anzieht, werden sie die Schulden weiterreichen müssen. An wen? Sie haben nur die Wahl zwischen der Volkswirtschaft als Ganzem und den Sparern. Die Sparer werden dann zur Kasse gebeten, wenn die Notenbank die Bilanz nicht zurückfährt und damit die Inflation anheizt. Die Volkswirtschaft trifft es, wenn die Notenbanken die Bilanz verkürzen und damit das Wirtschaftswachstum bremsen. Schon gewählt haben die chinesische und die indische Zentralbank. Sie haben sich 2011 mit einer Zinserhöhung für ein geringeres Wirtschaftswachstum entschieden. Eine Option, die die westlichen Länder

kaum haben werden. Denn mit ihren geringen Wachstumsraten können sie sich eigentlich nur für Inflation entscheiden. Damit ist auch beantwortet, wer am Schluss in der Schweiz für den Euro-Mindestkurs bezahlen wird. Oswald Grübel hat also recht. Uns wird noch die Rechnung für diese Interventionen präsentiert. Falsch liegt Grübel jedoch dort, wo er glaubt, die Höhe dieser Rechnung aushandeln zu können. Diese hängt nämlich davon ab, wie hoch die Schuldenberge in der Eurozone nach der Krise sein werden und wie viel davon die Schweiz über ein geringeres Wirtschaftswachstum und Verluste übernehmen muss. Beides liegt nicht in der direkten Entscheidung der Eidgenossenschaft. Sie kann einzig dafür sorgen, dass sie bei der Präsentation der Rechnung bezahlen kann. Und das kann sie nur mit einer funktionierenden Wirtschaft.

## Die Ein-Prozent-Demokratie

Wenngleich die gelebte Demokratie in der Schweiz im Vergleich zu anderen Demokratien dieser Welt vorbildlich ist und vermutlich dem Ursprung des Wortes *δημος* und *κρατία*, d. h. «Macht dem Volke» am nächsten kommt, erscheint es mir sinnvoll, gewisse Strukturen immer mal wieder neu zu beleuchten. Getreu dem Sprichwort «Wo Licht ist, da ist auch Schatten» ist es sicherlich ein lohnenswertes Ziel, den Schatten möglichst klein zu halten.

Alle vier Jahre werden an den Gemeinderatswahlen die obersten Vertreter der Gemeinden neu gewählt. Mit diesen Neuwahlen wird überprüft, ob die Volksvertreter noch immer die Meinung der Mehrheit der Wähler repräsentieren oder nicht. Ist dies der Fall, werden die gewählten Vertreter in ihrem Amt bestätigt; sollte dies nicht der Fall sein, werden neue Vertreter in den Gemeinderat gewählt. Hinzu kommt, dass an den Gemeindeversammlungen dem Volk die Möglichkeit gegeben wird, die politischen Entscheidungen nach dem Prinzip der Mehrheit zu beeinflussen.

Fakt ist aber, dass die Gemeindeversammlungen in «der heutigen Zeit der 1000 Termine» nur noch schwach besucht sind. Nach meinen bisherigen Erfahrungen über die letzten zehn Jahre kann man davon ausgehen, dass an den Gemeindeversammlungen zwischen einem und drei Prozent der vertretenen Bevölkerung anwesend sind. Dies heisst übersetzt, dass, wenn sich eine Gruppe von 50 Leuten einig ist und geschlossen an der

Gemeindeversammlung abstimmt, sie über das «Wohl und Wehe» von 5000 Gemeindemitgliedern entscheidet. Dieser Tatbestand zusammen mit «bewährten» Verwaltungsstrukturen birgt die Gefahr, dass eine kleine Gruppe (circa ein Prozent der Bevölkerung) das Leben der restlichen 99 Prozent massgeblich beeinflusst.

Nun lässt sich getreu dem Spruch «Das Volk hat die Regierung, die es verdient» argumentieren, dass die restlichen 99 Prozent es dann nicht besser verdient haben, da sie sich nicht dafür interessieren. Aber getreu dem Motto «Besser ist der Feind von gut» sollte man fragen, wie kann man das Interesse an den Gemeindeversammlungen wieder steigern? Ist es eventuell sinnvoll, die Gemeindeversammlung durch aussergewöhnliche «Locations» interessanter zu machen? Könnte man eventuell durch die Besetzung eines Gemeinderatspostens, durch eine/n junge/n Vertreter/in (bis 25 Jahre) die Gemeindeversammlungen für jüngere Gemeindemitglieder interessanter machen oder durch Zusatzangebote, wie zum Beispiel einen Fahrdienst für ältere Mitbürger auch diese besser einbinden? Wäre es nicht eine Vision, dass jede Gemeinde zukünftig ein Stadion hat, welches zu 99 Prozent für sportliche Aktivitäten (insbesondere der Jugendlichen) genutzt wird und vier Mal im Jahr für Gemeindeversammlungen, die so gut besucht sind, dass jeder Sitz- und Stehplatz gefüllt ist?

Ich möchte diese Zeilen als Aufforderung verstehen, bestehende Prozeduren zu überdenken und besser zu machen. Ich denke, dass es nicht im Sinne einer Demokratie sein kann, dass der Grundsatz «Die Macht dem Volke» durch Partikularinteressen bestimmter Interessengruppen ausgehöhlt wird; sei dies auf globaler Ebene durch die Interessen der Finanzindustrie oder auf lokaler Ebene durch gewisse Gewerbe oder andere Interessengruppen. Für Kritik, Anregungen und Verbesserungsvorschläge bin ich dankbar.

**TRIBÜNE**  
MARKUS HESS ÜBER DIE BELEBUNG  
DEMOKRATISCHER PROZESSE

Unternehmensberater (www.think-beyond.com) und Inhaber von www.schogg@gmail.com, Egglisau



## SPUREN IM UNTERLAND

Lesespuren in der Bibliothek Bütlach. Bild: Sibylle Meier